

Die Wiederkehr der Großmachtpolitik?

Vom eingefrorenen zum heißen Konflikt in Georgien

Gerd Weidenhausen

Der jetzige Kaukasuskonflikt kam alles andere als überraschend.¹ Einzig sein Ausmaß und die mit ihm verbundenen Folgewirkungen konnten so nicht vorausgesehen werden. Seit Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war Georgien im Rahmen der amerikanischen Energie- und Geopolitik als Energiekorridor für den Westen vorgesehen, damals projektiert in der nunmehr seit Jahren in Betrieb befindlichen Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC), die, russisches Territorium gezielt umgehend, Öl aus Zentralasien bis ans Mittelmeer leitet.² Diese Pipeline und der Umstand eines seit Jahren in die EU und NATO drängenden Georgien ist Russland aus dem Grunde ein Ärgernis, weil damit seine Einflussphäre an seinem »weichen Unterleib« im Süden und Südwesten spürbar begrenzt wäre. Zudem schwelte seit der Unabhängigkeit Georgiens nach der Implosion der Sowjetunion der Konflikt mit seinen abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien, der sich zunehmend zu einem Stellvertreterkonflikt zuspitzte, in dem sowohl von US-amerikanischer und georgischer als auch von russischer Seite je nach Bedarf gezündelt wurde. Über Nacht wurde dann zu Beginn der Olympischen Spiele aus einem eingefrorenen ein heißer Konflikt.

Im Schatten der das Interesse der Weltöffentlichkeit voll in Anspruch nehmenden Eröffnungsfeier zu den Olympischen Spielen in Peking sammelten sich am Morgen des 7. August 12.000 georgische Soldaten vor den Grenzen der abtrünnigen Republik Südossetien. Was dann geschah, wurde später weder von den westlichen Medien noch den verantwortlichen Politikern einer besonderen Erwähnung Wert befunden: Wahllos griff die georgische Artillerie die südossetische Stadt Zchinwali mit einem Waffensystem an, das eigentlich der flächenmäßigen Behinderung gegnerischer Angriffe die-

nen soll.³ Das Ergebnis des Artilleriebeschusses: eine enorm hohe Zahl toter Zivilisten auf südossetischer Seite, darunter achtzehn tote russische Soldaten der GUS-Friedensmission. Beim darauf folgenden Einmarsch des georgischen Militärs in die Region Zchinwali soll es nach Berichten unabhängiger OSZE Beobachter auch nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Der georgische Angriff, der bei vielen westlichen Beobachtern und politisch Verantwortlichen zunächst sichtbare Irritationen hervorrief, hatte eine Kette von Ereignissen zur Folge, an deren Ende der Täter und Aggressor als Opfer und das gewiss überzogen und unverhältnismäßig reagierende Russland, das sich als Schutzmacht der abtrünnigen Provinzen geriert, als Übeltäter da stand. Zwar lieferte Russlands ungeschicktes, überzogenes und vertragswidriges Verhalten die Vorlage für diese interessierte Umdeutung und dementsprechende sprachliche Zurichtung der Schuldfrage am Krieg, doch dürfte am Kriegsbeginn durch Georgien am besten willen nicht zu rütteln sein.

Eine andere Frage ist es, welche Ereignisse im Einzelnen zu diesem führten, ob Absicht, Kalkül, Fehlkalkulation, Fehlinformation oder gar eine unglückliche Fügung aus dem Ruder laufender Ereignisse diesen verursachten. Zur Aufklärung dieser Historiker sicherlich noch lange bewegenden Frage waren jene Titelgeschichten nicht hilfreich, die mit Vorverurteilungen und suggestiver Wortwahl operierten. Die Rede vom »gefährlichen Nachbarn Russland«, der angesichts eines angeblich »ohnmächtigen Westens«⁴ nach Gutdünken schalten und walten könne, wie er wolle, ist durch die Folgeereignisse wie der diplomatischen Abstrafung Russlands durch die EU nicht nur sachlich widerlegt. Diese Argumentation unterstellt denn auch, wenn sie zur Zukunft der Ukraine und

der baltischen Staaten und zur Sicherheit der Energieversorgung Europas umgeleitet wird, einen weiter ausgreifenden russischen Angriffs- und Erpressungswillen, zu dem bisher keine Belege und Beweise vorliegen. Untertitel, die darauf verweisen, dass dem Westen noch die Kraft »zum großen Konflikt« fehle, ventilieren auf eine denkbare Konfrontation, statt der Frage nachzugehen, wie der Frieden wieder hergestellt und eine auf gegenseitigen Nutzen basierende Kooperation zwischen Russland und Europa garantiert werden könne. Auch die These, wie sie der *Stern* (Nr. 35) vertrat, dass »der georgische Präsident in die Falle der Russen getappt war«, lässt sich bei genauerem Hinsehen so nicht vertreten.

Doch trug Russland auch zum Bild eines unbe-rechenbaren Nachbarn durch eigenes Handeln bei: Je länger russische Truppen entgegen dem mit dem französischen Präsidenten ausgehandelten Friedensplan georgisches Gebiet besetzt hielten, desto intensiver konnte sich das Bild einer wieder erstehenden Macht verfestigen, die Politik mit Panzern statt mit kluger Diplomatie betreibt. Es konnte der Eindruck aufkommen, dass mit zunehmender Schärfe westlicher Verurteilungen das Gebaren Russlands zunehmend martialischer und rücksichtsloser wurde, so, als wolle es sich selber beweisen, wie unabhängig es von westlicher Bewertung sei. Sich seit Jahren von der NATO eingekreist und vom Westen gründlich missverstanden fühlend, witterte es die Chance zur Revanche, indem es nationale Interessen in Missachtung Internationalen Rechts durchsetzte, wie es der Westen im Falle des Kosovo vorexerziert hatte.

Die Internationalisierung des Konflikts

Der zunächst begrenzt erscheinende Georgien-Konflikt um dessen abtrünnige, seit 1992 de facto unabhängige, aber völkerrechtlich nicht anerkannte Provinzen Südossetien und Abchasien weitete sich sukzessive zu einem nicht zu unterschätzenden neuen West-Ost-Konflikt aus. Die vermeidbare Eskalation schien ab einem gewissen Zeitpunkt einem verselbständigt wirkenden Aktions-Reaktions-Mechanis-

mus zu folgen, in den sich verschiedene Interessen einklinkten. Die nicht unwesentliche Frage, was und wer nun letztlich den Konflikt ausgelöst habe, ob Russland Georgien zum Angriff provoziert, Georgien eigenwillig oder letztlich als Handlanger US-amerikanischer Interessen Russland zur Überreaktion veranlasst habe oder gar beide Seiten – Georgien wie Russland – gezielt auf den Konflikt hingearbeitet haben, wie es die lesenswerte »Chronik einer Tragödie«⁵ des *Spiegel* nahe legt, ist aufgrund noch offener Fragen bezüglich spezifischer Details der Vorereignisse des Krieges nicht eindeutig zu beantworten. Auch bleibt die Informationslage in einigen Punkten verworren. So verschwand – als Beispiel – eine Meldung von *Spiegel online* vom 30.08.2008, nach der OSZE Beobachter Georgien »schwere Vorwürfe« dahingehend machten, dieses hätte »den Militärschlag gegen Südossetien intensiv vorbereitet und seinen Angriff begonnen, bevor russische Truppen den Verbindungstunnel nach Südossetien befuhren«, nach einigen Stunden von der Internetseite. Träfe diese Beobachtung zu, so widerspräche sie der Version des georgischen Präsidenten Saakaschwili, man habe angesichts eines beginnenden russischen Truppeneinmarschs in Südossetien präventiv Südossetien beschossen und besetzt. Diese Version fand in den US-Medien, in denen der georgische Präsident nahezu stündlich Interviews gab, zustimmende Verbreitung. Auf der anderen Seite verteilte Russland schon Wochen vor der heißen Phase des Konflikts Pässe an die südossetische Bevölkerung, was der Vermutung Nahrung gab, Russland habe auf den Konflikt gezielt hingearbeitet.

Im Folgenden seien einige Ereignisse zusammengestellt, die vielleicht Licht auf die Kompliziertheit der Lage werfen und die zunehmende Internationalisierung des Konflikts ein wenig nachzeichnen können.

Beim Besuch der US-Außenministerin in Georgien Anfang Juli 2008 soll sie nach außen den georgischen Präsidenten, dessen Hitzköpfigkeit allseits bekannt war, vor militärischen Abenteuer gegen Südossetien gewarnt haben. Intern soll sie nach Berichten der *New York*

Times Georgien für alle Fälle bedingungslose Unterstützung zugesagt haben. Daraus konnte mühelos gefolgert werden, welchen Teil der Botschaft der georgische Präsident gehört und welchen er ausgeblendet hatte. Nicht zu beantworten ist die Frage, ob der Double Bind der US-Außenministerin, sollte er sich so zugetragen haben, bewusst ausgesendet oder Ergebnis einer Unaufmerksamkeit war.

Am 7. August, eine Woche vor Kriegsbeginn, versicherte der georgische Diplomat Jakobaschwili seinem russischen Kollegen, dem Moskauer Sonderbotschafter für die Region Südossetien, Popow, dass ein militärischer Angriff Georgiens absolut auszuschließen sei. Popow bemühte sich, die Georgier und die Südosseten, die die Verhandlungen in Fragen des Status Südossetiens ausgesetzt hatten, wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Er überredete diesbezüglich den südossetischen Präsidenten zu einem Treffen mit südossetischer, georgischer und russischer Beteiligung. Während die Südosseten bereit waren, »einen Schritt auf den Georgier zuzugehen« und Popow vor der Presse einen »Verhandlungserfolg«⁶ verkündete, führten eine Reihe vom *Spiegel* dokumentierter Kommunikationsdefekte dazu, dass dieser diplomatische Durchbruch beim georgischen Präsidenten nicht landete oder nicht wahrgenommen werden sollte.

Als die georgische Offensive dann begann, kontaktierte der konsternierte russische Diplomat den russischen Vizeaußenminister Karasin, der vergeblich mit Washington telefonischen Kontakt aufzunehmen versuchte. Die Hoffnung – so die Schlussfolgerung der *Spiegel*-Chronik –, der georgische Präsident halte sich an die Zusage des Waffenstillstands, hatte sich in den Augen des russischen Sonderbotschafters als trügerisch erwiesen.

Während man sich in Europa mit Vorverurteilungen noch zurückhielt und – wie der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer – Saakaschwili als »politischen Hasardeur« und »Abenteurer« zu bezeichnen sich erlaubte, schreckten maßgebliche Meinungsmacher und Politologen und Politiker in den USA, so in etwa Brzezinski, Ronald D. Asmus, Richard Holbro-

ke und andere, vor gewagten Vergleichen des russischen Einfalls in Georgien mit politischen Praktiken Hitler-Deutschlands und Stalins nicht zurück.⁷ McCain, der mit dem in den USA ausgebildeten und perfekt Englisch sprechenden georgischen Präsidenten Saakaschwili auch privat eng befreundet ist, rief derweil ein »Wir sind alle Georgier« aus. Die US-Ikone unter den Politologen der Neokonservativen, Robert Kagan, drängte in einer Reihe von Interviews zu einem geschlossenen und harten Vorgehen der EU gegen die russische Aggression. Somit war, unter anderem durch Saakaschwilis geschickt inszenierte Auftritte auf sämtlichen Kanälen, – einmal die EU-Fahne im Rücken, das andere Mal sich vor angeblichen russischen Bombardements hastend in Sicherheit bringend – der Konflikt internationalisiert. Zu dieser Internationalisierung des Konflikts trug Russlands massives Fehlverhalten durch den martialischen Einmarsch seiner Truppen in Georgien, die Nichteinhaltung der mit der EU ausgehandelten Frist des Rückzugs seiner Truppen aus Georgien und durch den Akt seiner völkerrechtswidrigen Anerkennung Südossetiens und Abchasiens zu souveränen Staaten tatkräftig bei. Zunehmend diskreditierte Russland sich selbst, das – ganz im Gegensatz zu Medjedew und Putins Bekundungen, man sei zur Politik des Einmarsches und der Anerkennung letztlich verdammt gewesen – anders hätte handeln können, wenn es das denn je gewollt hatte.

Das Raketen- und Kosovo-Trauma und die weitere Verwilderung Internationalen Rechts

Am 21. August unterschrieben US-Außenministerin Rice und ihr polnischer Amtskollege Sikorski das bilaterale Abkommen zur Stationierung von Komponenten eines weltweiten Raketenabwehrsystems in Polen. Russland sah darin die nachträgliche Bestätigung dafür, dass dieses System ihm gelte und nicht dem Iran. So wie man jetzt Polen aufrüstete, so sei Georgien jahrelang mit modernsten NATO-Waffen beliefert worden.

Am 26. August erkennt der russische Präsident Medjedew die staatliche Unabhängigkeit Süd-

ossetiens und Abchasiens an. Er folgt damit der verhängnisvollen Anerkennungspolitik des Westens bezüglich des Kosovo, die ohne Zustimmung Serbiens unter Aushebelung des völkerrechtlichen Grundsatzes der Unverletzlichkeit territorialer Grenzen zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Völker gegen damalige russische Einwände betrieben wurde. Medjedew realisiert mit diesem verhängnisvollen Schritt die damaligen Warnungen Moskaus an den Westen, dessen Kosovo-Anerkennung als Präzedenzfall für die zwei de facto unabhängigen Provinzen Südossetien und Abchasien zu nehmen. Diese Imitation westlicher Politik stellt nicht nur Russlands Glaubwürdigkeit als Garant internationalen Völkerrechts, dessen Einhaltung es stets gegen westliche Übertretungen anmahnte, in Frage, sie könnte auch innerhalb der extrem multiethnischen Situation der Russischen Föderation Anreiz und Modell für kommende Abspaltungstendenzen sein. Russland schloss sich mit diesem Schritt einer Politik an, die die Büchse der Pandora des ethnischen Nationalismus weiter öffnet. Im Wissen um diese Gefahr für die eigenen Nationen, zeigten denn auch die Staaten der Shanghai Gruppe Russland die kalte Schulter und verweigerten Russlands Anerkennung die Folge. Auch diesbezüglich stand nun Russland isoliert in der Welt da.

Am 1. September verurteilte die EU in einer Sondersitzung zu Recht – aber natürlich ohne Revision der eigenen Kosovo-Anerkennung – die russische Anerkennung der beiden abtrünnigen Provinzen und verschob die Gespräche über ein Partnerschaftsabkommen mit Russland mit der Aufforderung, Russland solle seine Truppen gemäß genannter Vereinbarungen restlos aus Georgien abziehen. Klugerweise ist die EU damit nicht dem Anliegen Englands, Polens und der baltischen Staaten gefolgt, Russland mit Sanktionen zu belegen und sämtliche Gespräche mit Russland mit dem Ziel abzubrechen, es vollständig zu isolieren. Eine Verurteilung des georgischen Kriegsbeginns sucht man aber vergeblich.

Die Rückkehr der Großmachtspolitik im Stile des 19. Jahrhunderts?

Russlands überzogene militärische Reaktion einschließlich der staatlichen Anerkennung der abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien kann als Versuch gewertet werden, die vergangenen Demütigungen sukzessiver NATO-Osterweiterungen bis an seine Grenzen, die künftigen Beitritte Georgiens und der Ukraine zur NATO, die Raketenstationierungen in Polen und anderswo vor seiner Haustüre, die US-Aufrüstung Georgiens und die Anerkennung des Kosovo zu kompensieren; ein Versuch, der, wie sich noch herausstellen wird, gründlich misslang.

Diese Politik, mit der signalisiert werden soll, dass man zum einen aus der passiven Zuschauerrolle heraustreten und mit den USA auf gleicher Augenhöhe zu agieren gewillt ist, wird zum anderen unbeabsichtigte Folgewirkungen zeitigen: Nämlich den erhöhten Drang der Ukraine, Georgiens und inzwischen auch Armeniens, der NATO beizutreten: Insgesamt ein Westsog der gesamten Nachbarschaft Russlands und eine zunehmende diplomatische Isolation Russlands, dessen jetzt schon miserables Image mit der absehbaren Zunahme der Verwerfungen an seinen West- und Südwestgrenzen weiter Schaden nehmen wird. So gesehen ist nicht Saakaschwili in eine Falle getappt, wie verschiedentlich behauptet wird, sondern Russland, es sei denn Russland befließigte sich einer katastrophal kurzsichtigen Politik.

Was andererseits während der Krisenzeit beobachtet werden konnte, war ein Aufflammen vergangener geglaubter Debatten mit einem Personal, das der *Spiegel* in gewohnt ironischer Art als »Ältestenrat« bespöttelte: Mit Gerhard Eppler, Hans Dietrich Genscher, Egon Bahr, Michael Gorbatschow, um nur einige zu nennen, kamen neben den üblichen verbalen Scharfmachern erfahrene ehemalige Entspannungspolitikern zu Wort, die vehement vor Hysterie, vor eiligen Schuldzuweisungen und einer Politik der Ausgrenzung Russlands warnten und dabei eine gerade jetzt notwendige politische Kultur des Dialogs einfordernd. In diesem Rahmen for-

derte bemerkenswerter Weise Horst Teltschik, der Vorsitzende der Münchner Gesellschaft für Sicherheit und langjähriger Sicherheitsberater Helmut Kohls, die »Sicherheitsinteressen Russlands endlich ernst zu nehmen« und sie in die westliche Politik »mit zu integrieren«.⁸ Nach Teltschiks Auffassung, die er in der »Münchner Runde« auf *Bayern 3* am 02.09.2008 zum wiederholten Male vortrug, habe man im Westen Russlands auf ein »gemeinsames Haus Europa« gerichtete Anliegen mit steter Regelmäßigkeit ignoriert, so zuletzt den Vorschlag einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung durch Medjedew bei seinem Antrittsbesuch in Berlin. Ein deutliches erstes reaktives Anzeichen für eine Neupositionierung Russlands in der internationalen Arena war – nachdem Putin im Februar 2007 auf der Sicherheits-Tagung in München die USA für die Militarisierung der Internationalen Beziehungen und die Einkreisung Russlands verantwortlich gemacht hatte – Außenministers Lawrows am 23.01.2008 öffentlich vorgestellte neue außenpolitische Strategie Russlands: Darin meldet Russland den Anspruch an, gegen die unipolare Weltordnung eine multipolare unter besonderer Wahrung russischer Interessen in Eurasien mitgestalten zu wollen. Lawrows Text liest sich wie eine Antwort auf Brzezinskis geostrategische Visionen.⁹ Deren neueste Variante, die er in seinem Buch *Second Chance* (New York, 2007) darlegt, schlägt vor, China und andere Nationen aus der Shanghai Gruppe (SCO) herauszulösen, den Iran, Syrien usw. ins westliche Bündnis zu holen, um so Russland, das als Hauptgegner des Westens angesehen werden müsse, vollends zu isolieren.¹⁰

In eine ähnliche Richtung argumentiert auch die Ikone der neokonservativen Politologen in den USA in seinem neuesten Buch *Die Demokratie und ihre Feinde* (München 2008): Eine Rückkehr in die Geschichte des 19. Jahrhunderts sei durch den Aufstieg der autokratischen neuen Großmächte Russland und China unumgänglich. In dem kommenden Konkurrenzkampf der Nationen habe sich Europa im Verein mit den USA in einem Bund der Demokratien kraftvoll, wenn nicht auch militärisch gegen Russland

und China aufzustellen. Robert Kagan ist der maßgebliche außenpolitische Berater McCains. Zbigniew Brzezinski ist der maßgebliche außenpolitische Berater Barak Obamas. Es scheint, auf Europa kommen, eingezwängt zwischen dem Osten und Westen, härtere Zeiten zu.

1 Robert Kagan schreibt in seinem neuesten Buch *Die Demokratie und ihre Feinde*, das im Frühjahr 2008 auf Deutsch erschien, auf S. 29: »Ein Konflikt zwischen der georgischen Regierung und den von Russland unterstützten separatistischen Kräften in Abchasien und Südossetien könnte einen Militärkonflikt zwischen Tiflis und Moskau auslösen.«

2 Diesbezüglich relevante Fragen der Energie- und Geopolitik wurden vom Autor in *DIE DREI* Nr. 4, 5 und 6/2008 in den Beiträgen *Geopolitische Strategien der USA* und *Das neue Zeitalter der Energiepolitik* ausführlich behandelt.

3 Ob die georgischen Truppen dabei auf einen bereits erfolgten Angriff der Russen reagiert haben, ist noch ungeklärt. Vgl. z.B. Artikel von Michael Ludwig in der *FAZ* vom 17.09.2008, Nr. 218, S. 3.

4 Siehe als Beispiel den ansonsten in dieser Frage recht ausgewogen berichtenden *Spiegel*, Nr. 34: *Der gefährliche Nachbar. Wladimir Putin und die Ohnmacht des Westens. Die Zeit*, die ansonsten mit dem Anspruch ausgewogener Berichterstattung daherkommt, titelte »Die russische Gefahr«, die auch die Ukraine demnächst befallen könne.

5 *Spiegel* Nr. 35/2008. Obgleich beim sorgfältigen Lesen der »Chronik« eher der Verdacht nahe liegt, Georgiens Vorgehen müsse mit Wissen der USA oder einer gewissen Desinformation von dieser Seite von statten gegangen sein, was Russlands Rolle, bei allen Provokationen auch von dieser Seite, relativieren würde, titelt der *Spiegel* eine Woche später: »Wer stoppt Russlands Imperialismus«.

6 *Spiegel* vom 26.08.2008, Matthias Schepp: »In Washington nahm niemand das Telefon ab.«

7 Brzezinski z. B. verglich Russlands Vorgehen in Südossetien mit Hitlers Instrumentalisierung der Sudetenfrage, zudem eine Analogie mit Stalins Einfall in Finnland bemühend. Siehe das Interview in *Welt online*, 12.08.2008: *Das ähnelt Stalin und Hitler*.

8 Siehe auch Gerhard Schröder im *Spiegel*-Gespräch, Nr. 34/2008: *Schwere Fehler des Westens*.

9 Lawrow wiederholte diese Neujustierung russischer Außenpolitik auf dem internationalen Symposium *Russland im 21. Jahrhundert*, das Mitte Juni in Moskau stattfand.

10 Aufschlussreich auch ein etwas anders gestricktes

Szenario, das in der Prämisse eines neuen West-Ost-Gegensatzes das Bild einer chinesisch-russischen Föderation für 2045 an die Wand malt, mit dem die EU, im Rahmen auftretender Energieengpässe zu kollidieren droht. So geschehen in einem fiktiven Eingangsszenario der in Berlin tagenden Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Siehe: BAKS: *Energiesicherheit 2050. Eine ressortübergreifende Herausforderung*. Berlin, Juni 2008. Siehe auch Hauke Ritz: *Die Welt als Schachbrett. Der neue Kalte Krieg des Obama-Beraters Zbigniew Brzezinski*. S. 249-266, in: *Quo vadis, Amerika? Blätter für deutsche und internationale Politik*. Berlin, Bonn 2008. Laut Robert Kagan markiert der Kaukasuskrieg eine

Zeitenwende vergleichbar der Wende von 1989. Siehe dazu R. Kagan in *Welt online*, 10.12.2008: *Putins Russland ist dem 19. Jahrhundert verhaftet*. Derselbe in *Spiegel online*, 16.07.2008: *Russland und China betrachten den Westen als feindlich*. In diesem Interview vertritt Kagan folgende zwei Thesen, die als Beschreibung einer möglichen Entwicklung, die aber meines Erachtens bei einer besseren Politik nicht zwangsläufig sein müsste, durchaus taugen mögen: »Erstens: Die Großmächte kehren zurück, obwohl alle dachten, ihre Ära und die Geopolitik sei beendet. Das zweite Element ist die Rückkehr ideologischer Konkurrenz.«